Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

Niederschrift

Finanzausschuss

78. Sitzung

- öffentlicher Teil -

am Donnerstag, dem 13. Juni 2002, 10:00 Uhr, im Landesrechnungshof

Schm/Pi 02-06-24

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD) in Vertretung von Renate Gröpel

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Günther Hildebrand (FDP) in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Rainer Wiegard (CDU)

Die Liste der weiteren Anwesenden befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite	
1.	Stand von Absichten und Umsetzung sowie Angemessenheit der Haushaltsansätze der Haushaltstitel	4	
	 0101-531 02 - Informationsarbeiten zu Europafragen 0101-534 05 - Parlamentspartnerschaften im Ostseeraum 0301-529 08 - Aufbau von Beziehungen zur Region Kaliningrad sowie den Staaten Estland, Lettland und Litauen 		
	Vorlage des Landtagsdirektors Umdruck 15/2281		
2.	Preisbildungs- und Prüfungsstelle im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	6	
	Zwischenbericht des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr		
3.	Erholungswerk der Polizei	7	
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2189		
4.	Ausführung des Haushalts 2002 - Einzelplan 04 hier: Freigabe von Haushaltsmitteln in Höhe von 19.569,23 € bei Titel 0401-631 65 (TG 65) durch den Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages	8	
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2196		
5.	Information/Kenntnisnahme	9	
	Umdruck 15/2190 - Landesbezirkskassen Umdruck 15/2191 - Landesschuld, Zinsderivate Umdruck 15/2192 - Umsatzsteuerbefreiung Deutsche Post AG		
6.	Verschiedenes	10	
7.	Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen (SPNV)	11	
	Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 15/2255 - nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 und 2 GeschO -		

- Finanzausschuss -

- öffentlicher Teil -

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

- Finanzausschuss -

- öffentlicher Teil -

Punkt 1 der Tagesordnung:

Stand von Absichten und Umsetzung sowie Angemessenheit der Haushaltsansätze der Haushaltstitel

0101-531 02 -	Informationsarbeiten zu Europafragen
0101-534 05 -	Parlamentspartnerschaften im Ostseeraum
0301-529 08 -	Aufbau von Beziehungen zur Region Kaliningrad sowie
	den Staaten Estland, Lettland und Litauen

Vorlage des Landtagsdirektors Umdruck 15/2281

Landtagsdirektor Dr. Schöning macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung bei der Vorbereitung von Informationsveranstaltungen des Europaausschusses an ihre Grenzen stoße. Bei Haushaltsstelle 534 05 bittet er um eine Erweiterung der Zweckbestimmung und Titelbezeichnung "Internationale Beziehungen und Parlamentspartnerschaften", um bei der Umsetzung der vom Landtag abgeschlossenen Memoranden den realen Bedürfnissen gerecht werden zu können und ein Netzwerk der internationalen Beziehungen durch gegenseitigen Austausch zu festigen (Umdruck 15/2281).

Abg. Heinold verbindet ihre Zustimmung zu der von der Landtagsverwaltung erbetenen Flexibilität bei der Mittelverwendung mit der Vorgabe, die eingestellten Haushaltsmittel in erster Linie für den Besuch von Menschen aus den Partnerregionen in Schleswig-Holstein und nicht zur Zahlung von Reisen von schleswig-holsteinischer Seite in den Ostseeraum einzusetzen.

Abg. Neugebauer legt - unterstützt von der Vorsitzenden - Wert darauf, dass die Haushaltsmittel für Informationsarbeiten zu Europafragen nicht ausschließlich dem Europaausschuss, sondern grundsätzlich allen Landtagsausschüssen zur Verfügung stünden. Die Mittel für Parlamentspartnerschaften und internationale Beziehungen sollten in der Tat für Besuche auf beiden Seiten in der Ostseeregion in Anspruch genommen werden können.

Abg. Arp unterstützt die vom Landtagsdirektor erbetene Erweiterung der Zweckbestimmung, wünscht sich allerdings einen stärkeren Austausch der Wirtschaft mit den Partnerregionen und

5

regt an, sich über die Austauschbeziehungen der Wirtschaft von der Industrie- und Handelskammer berichten zu lassen.

Auch Abg. Spoorendonk befürwortet eine vorgesehene Erweiterung der Zweckbestimmung, um die Kooperationsverträge mit Leben zu erfüllen und die Demokratie und Bürgergesellschaft durch eine Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein zu festigen.

Mit den Stimmen aller Fraktionen nimmt der Finanzausschuss die Vorlage des Landtagsdirektors zustimmend zur Kenntnis, ermächtigt die Landtagsverwaltung, bereits im laufenden Haushaltsjahr alle Maßnahmen für die Umsetzung der Memoranden aus Titel 534 05 zu bezahlen, und erwartet Anfang 2003 einen Bericht, wofür die Haushaltsmittel mit welcher Wirkung ausgegeben worden sind. Die Staatskanzlei wird gebeten, den Finanzausschuss über die Verwendung der Mittel aus Titel 0301-529 08 schriftlich zu unterrichten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Preisbildungs- und Prüfungsstelle im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Zwischenbericht des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

AL Lücke teilt mit, die ursprünglich beabsichtigte Übertragung von Aufgaben der Preisbildungs- und Überwachungsstelle aus dem Wirtschaftsministerium auf andere Bereiche sei nach gegenwärtigem Kenntnisstand entweder wenig wahrscheinlich oder rechtlich nicht möglich. Neben der Bundesregierung und anderen Bundesländern lehne mittlerweile auch die Wirtschaft eine Aufgabenverlagerung mit Blick auf die Exportorientierung und Beschaffungen im Wehrbereich einhellig ab. Von den zurzeit drei Ministerialbeamten gingen Ende des Jahres zwei in Pension.

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht des Wirtschaftsministeriums zur Kenntnis und erwartet bis Jahresende einen Vorschlag für die zukünftige organisatorische Anbindung der Preisbildungs- und Überwachungsstelle.

7

Punkt 3 der Tagesordnung:

Erholungswerk der Polizei

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2189

AL Rohs trägt vor, die Stadt Wyk habe am 10. Juni mitgeteilt, für den in Rede stehenden Bereich eine Erhaltungssatzung erlassen zu wollen; nach Aussage des Landesamts für Denkmalpflege solle die Liegenschaft als Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung eingestuft werden. Der auf Seite 4 der Vorlage angesprochene Zinsverlust betrage - wie vom Landesrechnungshof errechnet - tatsächlich 44.000 €. Die Landesbausparkasse sei bereit, die einzutragende Grundschuld treuhänderisch für das Land mitzuhalten.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der vorgesehenen Veräußerung der Liegenschaft zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ausführung des Haushalts 2002 - Einzelplan 04 hier: Freigabe von Haushaltsmitteln in Höhe von 19.569,23 € bei Titel 0401-631 65 (TG 65) durch den Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2196

Abg. Heinold problematisiert erneut die grundsätzliche Frage, dass Bund-Länder-Vereinbarungen mit der entsprechenden Ausgabenverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel und der nach sich ziehenden Ausgabenentwicklung vom Haushaltsgesetzgeber nicht steuerbar seien, was angesichts der aktuellen Haushaltslage und notwendiger Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen unbefriedigend sei.

Abg. Neugebauer möchte wissen, welche Behörden auf welche Informationen und Anwendungen des EXTRANET Zugriff hätten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt Herr Struck mit, während zurzeit das Lagezentrum der Polizei, das Landeskriminalamt und im nächsten Monat die Polizeiabteilung auf den Informationspool zugreifen könnten, sei beabsichtigt, im Zuge der Umsetzung des Landessystemkonzepts jeder Polizeidienststelle und jedem Polizeibeamten die Daten dieser Wissensplattform zugänglich zu machen. Die jährlichen Betriebskosten des EXTRANET seien unabhängig von der Zahl der Nutzer. Gegenwärtig gäben drei Landesbeschäftigte Daten für die schleswigholsteinische Polizei in das Netz ein.

Abg. Heinold erwartet, dass die Bereitstellung umfangreicher Informationen in elektronischer Form mit einer Reduzierung von Informationen in Papierform und damit von Kosten einhergehe.

Die Vorsitzende regt an, der Innen- und Rechtsausschuss möge sich näher mit der Thematik befassen.

Einstimmig willigt der Ausschuss in die beantragte Mittelfreigabe ein.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/2190 - Landesbezirkskassen

Umdruck 15/2191 - Landesschuld, Zinsderivate

Umdruck 15/2192 - Umsatzsteuerbefreiung Deutsche Post AG

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Abg. Spoorendonk bittet um einen schriftlichen Bericht in Sachen Landesbezirkskassen.

Ausdrücklich bedauert der Ausschuss die Weisung des Bundes, an der Umsatzsteuerbefreiung der Deutschen Post AG festzuhalten.

- Finanzausschuss -

- öffentlicher Teil -

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Astrup bittet darum, im Landesrechnungshof keine Finanzausschusssitzungen mehr durchzuführen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:15 Uhr

Punkt 7 der Tagesordnung:

Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen (SPNV)

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 15/2255

- nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 und 2 GeschO -

- Finanzausschuss -

- öffentlicher Teil -

(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 13)

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. U. Kähler gez. Ole Schmidt

Vorsitzende Geschäfts- und Protokollführer